

# Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Beistellgeld). Zu bezahlen durch jede Postanstalt. + Redaktionsschluß: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2—3

Anzeigenpreis: für die Petitzeile 0,50 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zu zahlt der Zeitung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

## Neue Arbeitsgemeinschaft?

Vom sozialen Industriegebiet geht die Nachricht aus, daß sich in Essen am 22. Dezember Vertreter der Geistlichkeit, der christlichen Arbeiterbewegung, des christlichen Unternehmertums und einige Abgeordnete zusammen gefunden haben, um sich eingehend mit der gegenwärtigen großen Notlage des Aufbaubaus, insbesondere der Arbeiterschaft, zu beschäftigen. Es sei von maßgebender Unternehmertseite die Bereitwilligkeit erklärt worden, eine weitere Zusammenkunft der Arbeiterschäfer und Bergbauvertreter in kürzester Frist herbeizuführen, „um in bestreuerungsloser Zusammenarbeit Mittel und Wege zur Wiederherstellung der niederdürdenden Schwierigkeiten zu suchen.“ Eine gleichartige Zusammenarbeit aus dem Bewußtsein gemeinsamer Verantwortung für unser Volk auch auf allen anderen Wirtschaftsgebieten sei Pflicht aller Beteiligten.

Das sind inhaltschwere Sätze, Vorgänge von weittragender Bedeutung. Es wird da die Erinnerung wachgerufen an ähnliche Vorgänge, welche schon früher ihre fruchtbare Wirkung ausgelöst haben. Vorgänge, welche deshalb auch zu besonderen Erwagungen Anlaß geben.

Zunächst sei gebührend die Tatsache hervorgehoben, daß es in diesem Falle Vertreter der christlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind, welche sich gemeinsam mit den Vertretern der Geistlichkeit zu diesem Zwecke zusammen gefunden haben. Wer erinnert sich da nicht der Kundgebungen, welche von Vertretern der Geistlichkeit seinerzeit zu sozialen Zeiträgen erlassen wurden. Da hatte der Deutsche Evangelische Kirchentag in einer „Sozialen Botschaft“ in ausführlicher Weise das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern behandelt. Wahrhaft soziale Gesetzung stammt aus dem christlichen Glauben, mit dem die Überzeugung von dem unvergleichlichen Wert der Menschenrechte, die Pflicht zur Brüderlichkeit und zum opferwilligen Dienst, das Bezeugtheim der Verantwortung vor Gott und als oberstes Ziel das Reich Gottes gegeben ist. Nur auf christlichen Boden sind die sozialen Forderungen vernünftig und in ihre Wirklichierung möglich. Gewiß liegt die Wirklichierung einer sozialen wirtschaftlichen Ordnung voraus, aber diese Ordnung kann nur dann soziale Gerechtigkeit bringen, wenn sie beachtet, daß der Mensch unendlich wichtiger ist, als alle Sachwerte. Von hier aus kam unser Volk wieder die rechte Stellung zu Besitz, zu Arbeit und Beruf und zu dem Wirtschaftsleben gewinnen.“

Dann hat die Fuldaer Bischofskonferenz sich eindringlich maßend zu der bedrohlichen Spannung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gewandt: „Gewiß ist es Pflicht der Kirche, die Arbeiter anzuhalten zu tüchtiger Arbeitsteilung und Betragstreue, einerlei ob es gern oder ungern gehört wird, sie zu warnen vor ausräuberischen Treiben gewissenloser Helden und Agenten umsturzlüstiger Parteien, die zurückzuhalten von Gejellschaften, die mit unerfüllbaren Versprechungen wirtschaftlicher Vorteile anlocken, um zugleich den Kampf gegen Christus und seine Kirche, gegen die Grundgesetze unserer Religion zu betreiben. Wer die Kirchewendet sich nicht nur einseitig an die Arbeiter... Mit derselben Offenheit warnt sie die Arbeitgeber vor egoistischen und materialistischen Grundzügen im Wirtschaftsleben, rüft ihnen in Gewissen die Pflicht gerechter und wohlwollender Lohn- und Arbeitszeitbemessung, warnt vor jeder ungerechten Ausnützung der Notlage der Arbeiter und erinnert an die Pflicht, ein Herz zu haben für die Lage der Arbeiter und ihrer Familien.“

Das sind ernste Mahnungen, doch die rauhe Realität bietet sich uns anders dar. Da sind leider leider die Verhältnisse meistens stärker als die Menschen. Interessengegensätze bilden sich heraus. Heute Kämpfe um den Ausgleich müssen ausgefochten werden. Statt Verständigung verschärfen sich die Gegenseiten. — Ist da nicht das vertrauensvolle und gleichberechtigte Zusammenwirken von Kapital und Arbeit, von Arbeitgeber und Arbeitnehmern, der geeignete Weg, um zu einem Ausgleich der Gegenkräfte zu kommen? Das sollte mindestens für Christen nicht zweifelhaft sein. Würden christliche Arbeitgeber und christliche Arbeitnehmer aus dem Bewußtsein gemeinsamer Verantwortung für unser Volk den Weg ebnen für allgemeine Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien, so könnte dadurch gewiß in beträchtlichem Maße dem sozialen Frieden gedient, der Ruhelage des Volkes gesteuert werden.

Die Vorgänge in Essen rufen aber auch die Erinnerung nach an ähnliche Bemühungen, welche im Jahre 1918 eingeleitet wurden. Ähnliche Besprechungen bildeten

damals den Ausgangspunkt zu den späteren Arbeitsgemeinschaften und zu der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands. In einer von der sonst entzündeten Zentralarbeitsgemeinschaft herausgegebenen Broschüre über „Entstehung, Bedeutung und Ziel der Arbeitsgemeinschaft“ sind über diese Vorgänge von dem Geschäftsführer des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller sehr bezeichnende Ausführungen gemacht worden. „In der elektrischen Industrie hatte man im Mai 1918 den Eindruck, daß es nicht mehr möglich sein werde, die deutsche Wirtschaftspolitik auf die Macht der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands keine Grundlage für diese hochgepannten Erwartungen abgab. Wenn man aber heute, neben Jahren nach Kriegsende und zwei Jahren nach dem Aufhören der Inflation, das auf sozialen Gebieten geschaffene einer kritischen Prüfung unterzieht, so wird der Aufrichtige zugeben müssen, daß das, was im grundlegenden wie im einzelnen in der Sozialpolitik geleistet wurde, nicht dazu angeht ist, leichtfertige, wegwerfende Urteile über die Entwicklung der deutschen Sozialpolitik zu fällen.“

geheien, daß sich die Träger der Wirtschaft, Vertreter von Kapital und Arbeit, zusammenfinden. Mögen dazu die bisherigen Besprechungen den verheizungsvollen Anfang bilden!

## Die Sozialpolitik 1924/25

Es ist nicht zu verkennen, daß sich heute in weiten Kreisen des deutschen Volkes ein weitgehender sozialpolitischer Pessimismus breitgemacht hat. Nach Kriegsende wartete die Arbeitnehmerseite auf soziale Reformen größten Stiles, während die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands keine Grundlage für diese hochgepannten Erwartungen abgab. Wenn man aber heute, neben Jahren nach Kriegsende und zwei Jahren nach dem Aufhören der Inflation, das auf sozialen Gebieten geschaffene einer kritischen Prüfung unterzieht, so wird der Aufrichtige zugeben müssen, daß das, was im grundlegenden wie im einzelnen in der Sozialpolitik geleistet wurde, nicht dazu angeht ist, leichtfertige, wegwerfende Urteile über die Entwicklung der deutschen Sozialpolitik zu fällen.

Der Reichsarbeitsminister hat in Kassel eingehende Ausführungen über den Stand der deutschen Sozialpolitik gemacht. Man muß sie leuen: denn solche Kenntnis allein vermag dem sozialen Pessimismus im Lande die Spize zu bieten, Zukunftshoffnung und Weiterarbeit zu beleben.

Zur Sozialversicherung wies Minister Dr. Brauns in seinen Darlegungen nach, daß der Währungsverfall Ende des Jahres 1923 so katastrophal für sie war, daß auch ernt zu nehmen Sozialpolitiker sich für einen Erhol durch öffentliche Fürsorge aussprachen. Die Invalidenversicherung hatte ihr ganzes Vermögen und damit die Finanzierung eingesetzt; in der Kapitalversicherung war eine individuelle Berechnung der Rente nicht mehr möglich, die Krankenkassen waren zum großen Teil zusammengebrochen, und die bestehenden wenig leistungsfähig.

Der Wiederaufbau der Sozialversicherung vollzog sich nicht in den alten Formen, und es handelte sich nicht darum hier und da entstandene Lücken auszufüllen, man ging neue Wege, und man baute auf nach neuen Grundsätzen. Dabei wurde ganz besondere Aufmerksamkeit der gesetzlichen Festlegung vorbeugender Maßnahmen zum Schutz der Befundheit und der Arbeitskraft der Versicherten zugewendet. Das Gesetz über die Unfallversicherung vom 11. Juli 1923 brachte gegen frühere wichtige Neuerungen, sachliche und zeitliche Erweiterung der Krankenversicherung, die Bemühsamkeit und die Aufgabe, den Belebten im Arbeitsprozeß wieder zu verwenden. Auch in der Invaliden- und Angestelltenversicherung wurde das Hauptgewicht auf die vorbeugende Fürsorge gelegt, und das Gesetz vom 28. Juli 1923 über Gesundheitsfürsorge in der Heideversicherung machte die Versicherungsanstalten zu Trägern von zweckverbindlichen zur Bekämpfung von Tuberkulose, Gesichtslepra, Syphilis usw.

Neu gegenüber der Vorkriegszeit ist die Wohlfahrt für die Verläßlichen und für die Angehörigen von Versicherten. Von 1,2 Millionen Gehurten in Deutschland leben 800 000 Fälle unter dem hygienischen und wirtschaftlichen Schutz der Krankenkassen.

Der Schutz der Familie ist einer der Hauptgesichtspunkte bei der neuen sozialen Versicherung gewesen. Die Invalidenversicherung versorgt 1,5 Millionen Soßen und 200 000 Witwen; die Angestelltenversicherung 200 000 Soßen und 24 000 Witwen; die knappmachliche Versicherung 100 000 Soßen und 95 000 Witwen und die Unfallversicherung 120 000 Hinterbliebenen. Die fast 2 Millionen Hinterbliebenen der Kriegsbeschädigten sind nicht eingerechnet.

Besondere Bedeutung findet der Gemeinschaftsgedanke. Die Grundbeträge der Renten in der Invalidenversicherung wurden stark erhöht. Dadurch tritt der hochentwickelte Arbeiter für den geringer entlohnten ein und erhält zum Ausgleich für lange und wertvolle Zugehörigkeit zur Sicherung einen angemessenen Steigerungsbeitrag. Da zwar die Leistungen, aber nicht die Beiträge nach dem Familiensstande abgestuft werden, tragen die Jugendlichen und Ledigen einen Teil der Kosten des Familienzuschusses und der Unterstützungsfürsorge. Hier ist auch zu erinnern an die knappmachliche Versicherung, die heute auf der Solidarität des ganzen Bergbaus beruht, gegenüber der früheren großen Zersplitterung in leistungsschwache örtliche Knappmachtfürsorge. Nachdem die Kapitaldeckung für die Rentenversicherung geschrumpft ist, hat die soziale Gesetzgebung an ihre Stelle die Gemeinschaft der Arbeitnehmer und Unternehmer gesetzt. Die Kräfte der Wirtschaft, die Arbeiter und Unternehmer, stehen jetzt mit

Also außerordentlich weitgehende Vereinbarungen kamen hier zustande. In dieser Zeit der gemeinsamen Not, da stand man Mittel und Wege, der größten Schwierigkeiten Herr zu werden. Damals hieß es: „Wie kann man die Industrie retten?“ „Unmittelbar der allgemeinen großen Unsicherheit... gibt es für die Industrie nur auf Seiten der Arbeiterschaft starke Bündesgenossen, das sind die Gewerkschaften.“ Hier stand man den Weg zu gemeinsamer Arbeit im Interesse von Arbeitgeber und Arbeitnehmer. — Ach, wie ist doch seitdem so manches anders geworden! Sie hat sich heute bei so vielen Arbeitgebern das Blatt wieder gewendet!

Und doch, — angehiebt der Notlage unseres Volkes, unserer Wirtschaft, insbesondere angehiebt der himmelstreichenden Verhältnisse für so viele, viele Arbeitnehmer, wäre verständnisvolle Gemeinschaftsarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sehr am Platze. Jawohl, verständnisvolle Zusammenarbeit, nicht nur solche der Form halber.

Sollten die ersten Besprechungen in Essen zu jüchter Gemeinschaftsarbeit führen, so müßte das lebhaft begrüßt werden. Eine Entspannung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse müßte unbedingt die Folge sein. Eigentlich waren die Auseinandersetzungen über die Neuordnung der Arbeitsgemeinschaften noch nicht ganz verklummt. Wer denkt nicht an die Auseinandersetzungen zwischen Herrn v. Borrig und Adam Egerwald, erinnert sich nicht, daß gewisse Arbeiterschäfer immer wieder die Bereitwilligkeit und Notwendigkeit gemeinsamer Arbeit betont haben. Christliche Arbeiterschäfer aus ihrer grundsätzlichen Stellung zu Kapital und Arbeit heraus für gehörige, schaffende Gemeinschaftsarbeit. Kapital und Arbeit haben nicht nur gegenständliche, haben auch gemeinsame Interessen. Weder großkapitalistisches Eigentum, noch Elitatur des Proletariats sind geeignet, die Grundlage zu bilden für gemeinsame Arbeit. In diesen Grundtaten hat bislang die Gemeinschaftsarbeit in Deutschland getanzt, sie ist davon zum Teil zerrissen gegangen. Und dennoch — soll das deutsche Volk, die deutsche Wirtschaft über die gegenwärtige Notlage hinweggebracht werden, so ist dringend

den Rentenempfängern in unmittelbarer Schicksalsverbindung.

So hat sich der innere Aufbau der deutschen Nachkriegssozialpolitik nach drei großen Grundsäulen vollzogen:

1. Der Grundsatz der vorbeugenden Maßnahmen.

2. Der Grundsatz der höheren Bewertung der Arbeitskraft ist in ihr verwirklicht und

3. hat der Gemeinschaftsgedanke in ihr eine wirksame Verankerung gefunden.

Betrachtet man daneben einmal die positiven Leistungen der heutigen Sozialversicherung, so ergibt sich, daß beispielweise vor dem Kriege 44 Millionen unter die Krankenversicherung fielen, während es heute rund 20 Millionen sind. Die Invalidenversicherung betrugte 1913 1 Million, heute 3 Millionen Rentenempfänger.

Eine im wesentlichen aus dem Weltkrieg geborene Aufgabe ist die Versorgung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen. Es werden von ihr 772 000 Beschädigte erfasst. Dadurch, daß man die weniger als 20 Prozent Erwerbsunfähigen aus der Versorgung ausscheiden konnte, wurden Ersparnisse für bedürftigere Versorgungsberechtigte frei. Von den 300 000 Schwerkriegsbeschädigten und den 100 000 Schwerunfallbeschädigten sind heute nur mehr noch 24 000 nicht untergebracht, davon sind 15 000 völlig erwerbsunfähig.

Die am 13. November 1924 geschaffene Fürsorgepflichtverordnung ist das Ende um jenseit der deutscher Wohlahrtsgesellschaft seit mehr als 50 Jahren. Es gewährleistet eine Einheit in der Organisation durch leistungsfähige Fürsorgeträger. Sie bringt ein einheitliches Verfahren, befreit den leidigen Zweckspalt in Zuständigkeitsfragen und stellt den Grundsatz auf, daß die heutige Wohlahrtspflege nicht nur das armentrechtliche Existenzminimum zu gewähren hat, sondern von wirtschaftlichen, sozialen und ethischen Erwägungen getragen sein und vor allem die Niedergabe in den Arbeitsprozeß anstreben müsse.

Nein ist im wesentlichen die deutsche Arbeitsmarktpolitik: Das Arbeitsnachweisgesetz vom Jahre 1922 hat eine umfassende Organisation von 900 Arbeitsnachweisen geschaffen. Dort werden jährlich rund 4½ Millionen Arbeitsstellen vermittelt. Berufsbildung, Lehrlinnenvermittlung, Berufsumstellung haben in den Arbeitsnachweisen ihre natürliche Stütze gefunden.

Die Leistungen in der Erwerbslosenfürsorge sind beachtlich erhöht worden. Wenn auch mit den Unterstützungsleistungen die Not der Erwerbslosen nicht restlos beseitigt wird natürlich kein Erfolg für den Vater geschieht, so ist der Fortschritt gegenwärtig den künftigen Anjüngern der Fortschreitung unbestreitbar. Ein Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung liegt dem Reichstag und dem Reichswirtschaftsrat vor.

In der Verbesserung des Arbeitsverhältnisses hat es auch in der sozialen Beziehung der Nachkriegszeit nicht geschafft. Die Arbeitnehmer sind verbessert, das Qualitätsrecht, früher äußerst beschränkt, ist vervollständigt und erweitert. Die Tarifverträge sind gesetzlich anerkannt und bedeuten wirklich geworden. 1911 erfaßten die damaligen Tarifverträge 14 000 Betriebe mit 1,1 Millionen Personen, 1925 erfaßten die vorhandenen 700 Tarifverträge 800 000 Betriebe mit 12 Millionen Personen. Das Schichtungswesen ist durch die Verordnung vom 20. Oktober 1923 in Formen geregelt, denen alle älteren Industriestaaten der Welt Besseres nicht gegenüberstellen können. Ein Gesetz über die Arbeitsgerichtsbarkeit liegt den gegebenen Körperschaften vor.

Nach dem alles ist zu sozialpolitischem Pessimismus, der letzten Endes entwicklungshemmend wirken mühte, wohl kein Anlaß.

## Ein Produktionschats der Verbraucher

Von Peter Schlag, M. d. R.

Preisabbau, so lautet das Schlagwort, welches heute durch die deutschen Lande hallt. Alle Wirtschaftsgruppen des Handels und der Industrie nehmen Stellung dazu. Alle zustimmend, aber jede Gruppe für sich den Vorbehalt machend, daß eine Verteuerung durch ihre Tätigkeit nicht stattfinde. Selbst die Kartelle und Syndikate, bei denen zum Teil ohne Zweifel Verteuerungen vorliegen, verzichern, daß ihre Tätigkeit nur dem Allgemeinwohl diene. Das Kabinett Luther ist mit Energie seinem Weg gegangen. Luther wollte sein Versprechen, das er bei Vertrags der Zollvorlage gegeben, wahrnehmen, daß er einen Preisabbau erzwingen werde. Das Vorgehen der Regierung Luther hat ohne Zweifel einen Erfolg, nicht den Erfolg, daß die Preise sich senken, sondern daß manche geplante Erhöhung unterbleibt. Soweit hier und da bei diesem oder jenem Bedarfsgut eine Preiserhöhung eingetreten ist, ist diese Tatsache nicht die Folge der Aktion der Regierung, sondern eine Begleiterscheinung der guten Ernte im In- und Auslande. Würde nicht dieses glückliche Zusammentreffen der guten Ernte und der Erntezzeit mit dem Inkrafttreten des Zolltarifes vorhanden gewesen sein, so würden wir einen starken Preisauftrieb erlebt haben.

Die breiten Verbraucherschichten müssen sich jedoch darüber klar sein, daß die Wirkung der Preisabbauaktion der Regierung keine dauernde sein wird, sondern daß über kurz oder lang die Tätigkeit der Preiskonventionen wieder einzehen wird und damit erneute Verteuerung der täglichen Bedarfsgüter in Aussicht steht. Selbst die Fabrikanten von überreichen Markenartikeln wehren sich mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Herabsetzung ihrer Preise. Nicht lange mehr und die Preisabbauaktion der Reichsregierung gehört der Geschichte an und die Verbraucher werden nach wie vor das Objekt gewinnheischender privater Händler und Verteiler sein. Nach dieser Zustand kann für ewig so sein? Nein, dieser Zustand kann aufgehoben, kann geändert werden, wenn die breiten Schichten gewillt sind, ihre Kauf- und Kapitalkraft zur Aenderung dieses unhaltbaren Zustandes einzusehen. Die Einordnung der Verbraucher und Arbeitnehmerschichten in die deutsche Wirtschaft ist der Weg, der eine Aenderung erzwingen kann. Der Weg ist einsach. Organisierung der Kauf- und Sparkraft der breiten Schichten in den Konsumgenossenschaften ist das Mittel, welches zum Erfolg führen wird. Die Verbraucher müssen ihr eigener Kaufmann, ihr eigener Händler und ihre eigene Sparsasse werden.

Die erste Stufe des Eindringens in die Wirtschaft ist der gemeinsame Einkauf für den gemeinsamen Bedarf. Ausdruck des überseiten Zwischenhandels und der Gewinne ist die Folge. Diese erste Stufe stellen unsere deutschen Konsumvereine dar, mit mindesten denselben anstatt vier Millionen Familien zehn Millionen Familien angehören. Alsdann sind unsere deutschen Konsumvereine noch nicht so weit, um alle Bedarfsgüter zu vermitteln. Es fehlen dafür die unbedingt notwendigen finanziellen Mittel. Eine große Anzahl von Konsumgenossenschaften hat schon die zweite Stufe des Eintretens in die Wirtschaft erklommen. Sie haben Produktivbetriebe, vor allem Brotbäckereien errichtet, um dieses wichtige Nahrungsmittel selbst herzustellen und damit auch den Gewinn des privaten Händlers dem Verbraucher zugutezuholen. Eine ganze Anzahl von Produktivbetrieben kann jedoch die einzelnen Genossenschaften nicht erreichen, weil der Bedarf der einzelnen Genossenschaft zu klein und die Kapitalkraft zu gering ist, um diese große Aufgabe zu erfüllen. Diese Aufgabe fällt der Barenzentralkette der Konsumvereine zu.

Die Barenzentralkette des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine ist die „Gepag“ Großkauf- und Produktions-Aktiengesellschaft deutscher Konsumvereine in Düsseldorf-Reisholz. Dieselbe betreibt heute schon eine Seifenfabrik, eine Fleischwarenfabrik, eine Zigarettenfabrik, eine Käseherstellung und eine Buchdruckerei. Die „Gepag“-Betriebe beschäftigen heute schon eine große Anzahl von Arbeitern und Angestellten, die lohnende Arbeit in denselben gefunden haben, und zwar im Dienste ihrer eigenen Standesgenossen. Diese Betriebe sind aber nur ein Anfang, denn das Ziel muß sein, alle Bedarfsgüter der breiten Schichten selbst herzustellen. Die Voraussetzung dieser eigenen Wirtschaft der Verbraucher aber ist Geld, Geld und wieder Geld. Die Genossenschaftsbewegung der breiten Verbraucherschichten kann nicht nur mit Idealen ihre neue Sozialwirtschaft aufzubauen. Zu diesem Aufbau bedarf sie leider ebenso des schnöden Mammons, als der private Fabrikant und Industrielle.

Woher soll dieses Genossenschaftskapital kommen? Der einzige Weg, dieses Kapital zu erhalten, ist die Sparte der Verbraucher. Man wird einwenden, daß das Einkommen der breiten Schichten so gering wäre, daß Sparen eine Unmöglichkeit sei. Ich verkenne nicht die schwere Lage der Arbeitnehmer, aber trotzdem muß das Kapital für die Eigenwirtschaft der Verbraucher beschafft werden. Wo der Wille vorhanden ist, da wird er zur Tat werden. Es sind auch keine großen Summen, die von den einzelnen verlangt werden. Jeder Verbraucher, jeder Gewerkschaftler und jedes Arbeitervereinsmitglied, jeder gebe einige Mark, und ein guter Anfang ist gemacht. In dieser Frage der Schaffung der Eigenwirtschaft der Verbraucher muß Konsumgenossenschaft, Gewerkschaft und Arbeiterverein Hand in Hand gehen. Die Mitglieder dieser Organisationen sind in gleicher Weise an diesem Ziel des Eindringens in die private Wirtschaft interessiert.

Der Genossenschaftstag des Reichsverbandes deutschen Konsumvereine in Dresden hat beschlossen, einen Produktionschats von 1 Million Reichsmark zu schaffen. An der Schaffung dieses Schatzes sollen alle Arbeiter, Angestellte und Beamte sich beteiligen. Jeder soll einige Mark als Darlehen der „Gepag“, der Zentrale der neutralen Konsumgenossenschaftsbewegung, abgeben. Es wird kein Opfer verlangt, sondern dieser Betrag wird als Spargeld verzinst und nach Ablauf von zehn Jahren mit dem doppelten Betrage zurückvergütet. Diese Beiträge werden werbend im Interesse der Verbraucher in den eigenen Produktivbetrieben der „Gepag“ angelegt.

Die Verbraucherschaft hat doppelten Nutzen von dieser Fazette des geringen Betrages zum Genossenschaftsschatz. Erstens erhält jeder einzelne eine gute Verzinsung, und zweitens wird die Eigenwirtschaft und die preisverbilligte Tätigkeit der Genossenschaftsbewegung gestärkt. Die Schatzscheine sind ausgestellt auf eine Reichsmark und werden nach zehn Jahren mit zwei Reichsmark zurückgezahlt. Diese

Mehrheiten und Schaffen soll jeder nach seiner Art, dann darin liegt sein Heil; denen soll er in sich und außer sich, und was ihm in der Seele, was ihm im Kreis seines Seins von gegenwärtenden Kräften zerstört wurde, das soll er immer von neuem geduldig aufrichten, denn darin liegt sein Glück. Wer die Erneuern läßt, der ist überall verloren, er sinkt ins Grab sich rettungslos". Der aber jeden Schritt zum Grabe verteidigt und müdigt — ohne jeglichen Klag, doch auch ohne ohnmächtigen Zug — auch die höchsten Höhen verlassen kann, um in die duelle Tiefe hinabsteigen, der hat gewonnen.

Wilhelm Raabe

## Ist der Untergang des deutschen Theaters aufzuhalten?

Die Not der Zeit waltet in geistigen Tagen. Die Vollheit der Vorliebeszeit und unjede Riedelage im Leben haben gemeinsam eine Atmosphäre krankhafter Besorgniß und unzufriedener Erwerbsgier geschaffen, die auch Arbeiter und Angestellte, bedient und am Haken hängt. Sie sind weiter als je von volkstümlicher Gemeinschaftsmpfinden entfernt. Selbst die weltanschaulichen Gegenseite sind tiefer entzerrt als je zuvor. Sie haben keine deutsche Nation, die nach innen und außen zusammenhält, und wir denken zu wenig an die überzeugende Kraft, ohne die ein Volk nicht sein möchte kann und mit denen andere Völker Park und glänzen wollen.

Wie Hoffbarkeit, die nicht die Niederlage dieser Schauspielfamilie und Regiegruppen begreift, bleibt Gerecht und ist wahres Gemeinschaft, die nach klärem Sehen und Hören will, bedeutet mehr Erziehung als Unterhaltung. Eine Ausbildung, die zwischen Schauspielern und Nichtschauspielern unterscheidet und die Bildung an der Zahl der Schauspieler und der Beurteilungsfähigkeit steigert will, hat mit Vollkommen nichts zu tun und schadet der Bühne. Der Grund des Landes und der mit dem Volk zusammenhängt nach all dem die deutsche Seele bestreiten, läßt sie blühen und ein ehrliches Werk erzeugen.

Denken mögen wir, die mit im Bühnenwolfs-

ein umfassendes Kräfteleger vollsichtiger Gemeinschaft erblühen, Euch, Arbeiter und Angestellte, mit besonderem Nachdruck zu vereintem Schaffen auf. Wir wissen, Ihr seid mehr als je vor dem Kriege die Mühseligen und Beladenen, die Verdrängten und Bedrückten, und es sind Rächte, die deutsche Volkschaft innerlich zerstreuen, um Werk, um Euch zu willenloser und unsichtbarer Rasse hinabzustoßen. Wir aber glauben an die gottgesetzte Gleichberechtigung trebenden Menschen, wir glauben an den Wert der Einzelseele trotz Geburt, Studium und Erbhaft. Wir beurteilen den Menschen nach dem Grad seines Willens zur Gesamtnation, die für uns das Vaterland ist mit allen seinen Gliedern, und deren Beden und Erfüllen nur aus den Wurzeln starker christlicher Kultur erzielt werden kann.

Ihr kennt den Bühnenwolfsbund, die Organisation der christlichen Theaterbewegung, wie sie seit sechs Jahren allenthalben in Land und Reich machtvolll auftritt. Vielleicht bist Du, der Du dieses Blatt liest, schon längst Mitglied einer unserer Theatergemeinden und erkenntt ihre Arbeit für die Kinderbemittelten dankbar an. Vielleicht ist Dir erst durch den Bühnenwolfsbund der Zutritt zu einem guten Theater ermöglicht worden, vor dessen Toren Du früher verlangend standest, die aber für Dich verschlossen blieben, weil Du die hohen Kästenpreise nicht erzwingen konntest. Vielleicht ist Dir erst durch die Aufführungen des Bühnenwolfsbundes ein Blick von den geistigen Gütern deutscher Richtung und Bühnenkunst aufgegangen, und Du bist toll begeistert, wie Dein Geschäftskreis sich erweitert. Dein Urteil sich verließt. Dein Glaube an höchste Dinge sich verstärkt hat. Und vielleicht auch ist Dir die Erkenntnis gekommen, daß Du früher manches aus jungenunter Schauspielen geschenkt hast, was dem vom Bühnenwolfsbund gehörten Geiste widersetzte, unkatholisches, Geschmackloses, Höfliches, Narrenes, Linge, die deutsche Schauspiel und christlicher Überzeugung weiterhören waren. Zeiterkenntnungen, die in die Rüttungen verborgener Menschenwesen hineinführen und sie mit dem Schlechten kämpfen oder gar besiegt abändern.

Wir Tu in Deiner Erkenntnis so weit, dann reichen wir Dir die Hand: Tu bist unser Freund und unser Bruder. Du bist ein Kind der großen, im Bühnenwolfsbund gekommengeschlossenen Familie. Du glaubst mit

uns an die Verbundenheit aller Volksgenossen unter der Fahne einer Kulturrevolution, die ihre Kräfte aus dem Ewigen schöpft und unser Leben aus ärmlicher Tieszeitigkeit herauzieht.

Stehst Du so zu dem Gemeinschaftsgedanken des Bühnenwolfsbundes, dann lasst Dir nicht mit Deiner und Deiner Angehörigen Mitgliedschaft genug sein. Dann wird bei Deinen Freunden, Kameraden und Kollegen, dann noch Deine Organisation und Deine Vereine aufmerksam auf die christliche Theaterbewegung, damit sie dem Bühnenwolfsbund als körperschaftliche Mitglieder beitreten, und damit er in seinem Kampf für Dein uns sein Theaterideal auf immer breitere Scharen zuverlässiger Anhänger sich stärken kann. Dann sorge dafür, daß Deine Organisation und die Vereine, denen Du angehörst, ihre besten Männer in die Ortsausschüsse entsenden, Männer, die von der Notwendigkeit der christlichen Theaterbewegung ganz durchdrungen sind, und die, jeder für sich, mit darüber machen, daß die Reinheit unseres Gedankens und die Ziellartheit unseres Wollens nirgendwie getrübt werden. Dann tritt auch in Deinen Vereinsblättern für den Bühnenwolfsbund ein und unterläßt es nicht, Deine Kameraden vor Theatereorganisationen zu warnen, in die ein christlicher Mann nicht hineingehört. Es kommt nicht darauf an, daß irgend jemand die billige Theaterarten besorgt, sondern es kommt darauf an, daß Du in der für Dich allein passenden Theatergemeinde dabei bist. Wie Du Dich als Gewerkschaftler nur da organisiert darfst, wo auch Deine weltanschauliche Überzeugung geachtet und geführt wird, so sollst Du als Theaterbesucher nur einer Theatergemeinde des Bühnenwolfsbundes beitreten, der die Erneuerung der deutschen Bühne aus christlichem Volksgeiste her erstrebt.

Kannst Du aber auf Grund Deiner Stellung und Deines Einkommens noch etwas mehr tun, so werde auch Einzelmitglied des Bühnenwolfsbundes, damit Du über den monatlichen Theaterbesuch hinaus auch mit den geistigen Streitungen der christlichen Theaterbewegung eng verbunden und durch Kenntnis unseres Schriftstums auch mit den an unserem ferneren Wege liegenden Zielen ersüßt werdest.

Arbeiter, Beamter und Angestellter! Im Bühnenwolfsbund bist Du die Stimme Deiner Zeit, Deines Volkes, rufst Dich Deine Pflicht als deutscher Christ!

Schäftscheine sind in allen Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaften des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine zu haben. Desgleichen sind dieselben bei Einsendung des Betrages zuzüglich einer 10 Pf. Freimarke von der „Gepag“ Düsseldorf-Reisholz zu erhalten. Diese kurze Abreise genügt.

Ebenso werden die Schäftscheine durch die Organisationen der Gewerkschaften und der Arbeitervereine zu haben sein.

Es wird sich jetzt zeigen müssen, ob die Verbraucher sich mit Schimpfen auf die hohen Preise begnügen wollen, ohne Erfolg, oder ob sie bereit sind, praktisch selbst Hand anzulegen, um Einfluss auf die Preisgestaltung zu gewinnen. Das Sprichwort: „Jeder ist seines Glückes eigner Schmied“ gilt auch hier. Alle Hoffnungen auf Staat und Gesellschaft und ihre Geheime werden vergebens sein, wenn die breiten Schichten nicht als sozialer Wirtschaftsfaktor in die private Wirtschaft eintreten. Jeder, auch der ärme, kann für dieses große Ziel einer starken Sozialwirtschaft einige Mark hergeben. Was muß alles Schimpfen über den privaten Kapitalismus, wenn wir nicht bereit sind, unsere Kauf- und Sparkraft für die Eigentumswirtschaft einzusehen. Der Produktionschach der Konsumgenossenschaften ist der Brüstein, ob die Verbraucher reif sind zur Selbsthilfe und fähig zur Gestaltung ihrer eigenen Wirtschaft. Dieser Beweis muß erbracht werden, daß verlangt die Lage und das Ansehen der breiten Schichten, die sich emporringen müssen zu Lust und Licht im Interesse der Zukunft unseres Volkes.

## führertagung der christlichen Gewerkschaften

Seit einer Reihe von Jahren hat sich in der christlichen Gewerkschaftsbewegung der Brauch herausgebildet, daß die Führer der Bewegung — Verbandsvorsitzende, Redakteure und Vorstandsmitglieder des Gesamtverbandes — die stillle Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr benutzen, um sich in mehrtagigen Beratungen auszusprechen über all das, was zu ihren Obliegenheiten gehört. In den Vorjahren fanden diese Konferenzen in Bethel statt. Nachdem die christliche Arbeiterschaft in Königswinter am Rhein ein eigenes Erholungsheim erworben, das auch für Konferenzzwecke sehr geeignet ist, fand die diesjährige Aussprache in den Tagen vom 28. bis 30. Dezember dort statt.

Die Tagung befaßte sich mit den wichtigsten Fragen, die die deutsche Arbeiterschaft zurzeit berühren. Eine Reihe grundlegender Vorträge leitete die sehr rege und fruchtbare Aussprache ein. Die Vorträge behandelten die derzeitige Stellung der deutschen Arbeiterschaft im öffentlichen Leben und das Verhältnis der christlichen Gewerkschaftsbewegung zum Arbeitgeber und zur sozialistischen Bewegung; die wirtschaftliche Lage, die Zusammenhänge zwischen Lohn- und Preispolitik und die Aufgaben der Gewerkschaften auf diesen Gebieten; Stand und Aufgaben auf dem Gebiete des Wohnungs- und Siedlungsweizens; die Konzentration der Wirtschaftskraft der Arbeiterschaft und die Grundlagen und Richtung des gewerkschaftlichen Bildungswesens.

Die Aussprache ergab in allen wesentlichen Fragen völige Meinungsgemeinsamkeit. Es darf festgestellt werden, daß die Führer der christlichen Gewerkschaften — wie nachdrücklich sowohl vom Koll. Stegerwald wie auch vom Koll. Imbusch bestätigt wurde — über Aufgaben, Wege und Ziele der Bewegung geschlossen und einig waren.

Reihenweise Einmündigkeit der Führertagung ergab sich auch in der Ausfassung und dem Wollen, jede Einmischung von Außenstehenden in die Aufgaben und die Führung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung entschieden abzulehnen.

Einen breiten Raum in den Beratungen nahmen die wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Gegenwart ein. Obwohl der Ernst der wirtschaftlichen Lage Deutschlands nicht verkannt wurde, herrschte Übereinstimmung, daß ein übertriebener Wirtschaftsspeckismus nur dazu benutzt wird, arbeiter- und gewerkschaftsfreundliche Maßnahmen zur Durchführung zu bringen. Ein solches Wollen führt zu starken sozialen Spannungen, zur Schädigung der Wirtschaft und letzten Endes zur Katastrophe. Zur Behebung des wachsenden wirtschaftlichen Notstandes erachtete die Führertagung ein auf der Grundlage anerkannter gegenseitiger Gleichberechtigung beruhendes gemeinsames Handeln von Arbeitgebern und Arbeitnehmern für ein erstes Erfordernis. Von allen staatlichen Kommunalen und den sonst in Frage kommenden Stellen wurde die Bereitsstellung von Mitteln zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und vermehrte Fürsorge für die Arbeitslosen verlangt. Die schnellste Einführung der Kurzarbeiterunterstützung wurde dringend gefordert.

Entschieden bekannte sich die Tagung zur Notwendigkeit größerer Sparanstalt und weiterer Vereinfachung in der öffentlichen Verwaltung nicht minder wie in der Wirtschaft. Der produktiv tätige Reich darf nicht unter der immer stärker weidenden Last der Verwaltung und Verteilung zusammenbrechen.

Die Erfahrungen der Haushaltskassen seien der Verwendung in den Haushalten von Staat und Gemeinden zu entziehen und höchstens zur Herstellung neuer Wohnungen zu verwenden.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, der in Königswinter zu einer Sondertagung zusammenkam, beschäftigte sich in erster Linie mit dem nächsten Kongress der christlichen Gewerkschaften. Der Ausschuß des Gesamtverbandes hatte auf seiner Tagung im Oktober zu Saarbrücken einem Antrage des Gewerkschaftsverbandes der Bergarbeiter auf Abhaltung eines Kongresses zuge-

**Am 9. Januar 1926 ist der zweite Wochenbeitrag für das Jahr 1926 fällig.**

stimmt und den Vorstand mit der Erledigung der Vorarbeiten beauftragt. Die Vorstandssitzung in Königswinter beschloß, daß der nächste Kongress der christlichen Gewerkschaften in den Tagen vom 17. bis 19. April 1926 stattfinden soll. Als Kongressstadt kommen Dortmund oder Frankfurt a. M. in Betracht.

## Allgemeine Rundschau

### Den Bedürftigsten die Hilfe zuerst!

Die letzte (ungenügende!) Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung vollzog sich unter Umständen, die höchst unerfreulich genannt werden müssen. Die Anträge der Linksparteien, die sich in unmöglichen Forderungen für die Erwerbslosen und die Beamten aus reiner Agitationsucht gegenseitig den Rang abließen, boten, wie der „Deutsche“ mit Recht sagt, das Schauspiel eines Wettbewerbs in Demagogie. Auf der anderen Seite ist es aber auch kein tüchtiges Zeichen, daß unter den bürgerlichen Parteien noch ein leidenschaftlicher Streit darüber geführt wurde, was wichtiger sei, die Erhöhung der Erwerbslosenhilfe oder die Forderungen der Beamten. Erst durch Abstimmung konnte die Erwerbslosenfürsorge als vorbringlichstes Problem anerkannt werden. Wie das in einer Zeit, wo die tagtäglich steigende Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit durch den strengen Winter doppelt fühlbar wird, auf breite Volksmassen wirken muß, braucht hier nicht auseinandergezählt zu werden.

Gewiß ist den unteren Gehaltsgruppen der Beamten eine Weihnachtsgratifikation sehr wohl zu gönnen, und es wird niemanden geben, der sie ihnen beim Vorhandensein genügender Mittel absprechen würde. Aber zunächst müssen doch diejenigen befriedigt werden, die durch eine lange Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verzweifelt um die nackte Existenz des Lebens kämpfen. Man vergesse nicht, daß die Beamten aller Kategorien eine feste Besoldung erhalten und sie das Schreckgespenst drohender Erwerbslosigkeit nicht zu fürchten haben. Sie haben ihre Pensions- und Wartegeldansprüche verbessert, während alle anderen Volksgenossen mehr oder weniger der Inflation Trüdt zahlen müssen. Gänzlich unverständlich erscheint es, daß ein prominenter Beamtenvertreter im Reichstag auch für die höheren Beamten eine Zulage forderte, und daß von einigen Abgeordneten mit Beamten aus dem Reichsfinanzministerium ein Kompromiß ausgearbeitet worden war, wonach jeder Beamte ein Viertel bis ein Fünftel seiner Bezüge als besondere Zuweisung erhalten sollte. Die dafür notwendigen 60 Millionen hatte man aus einmal zur Verfügung, während für eine Staatsbeihilfe für die seit mehr als sechs Monaten ausgezeichneten Erwerbslosen kein Geld vorhanden war! Das ist mehr als merkwürdig, besonders im Hinblick darauf, daß seit dem früheren 1924 die Erwerbslosenfürsorge einzig und allein aus den Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestreiten werden konnte. Hier stand die Regierung von Anfang an auf dem Standpunkt, daß eine Erhöhung der Unterstützungssätze um 30 v. H. nur durch Erhöhung der Beiträge weitgemacht werden könne. Mit Recht hat der Deutsche Gewerkschaftsbund immer wieder gefordert, daß in Notzeiten, wie wir sie jetzt haben, auch der Staat besondere Mittel für den Zweck bereitstellen müsse. Die beschlossene Erhöhung der Zölle für Hauptunterstützungsempfänger um 20 vom Hundert, der Familienzuschläge um 10 vom Hundert und der Hochunterstützungsbeträge um 10 vom Hundert ist durchaus ungünstig. Auch das Problem der Kurzarbeiterunterstützung bedarf dringend der Erledigung. Keinesfalls aber kann es verantwortet werden, daß die Bezüge der höheren Beamten des Reiches, der Länder und der Gemeinden erhöht werden, wo erschrecklich viele Steuerzahler — auch die Erwerbslosen werden zur Mittelausbringung für die Bedürfnisse des Staates durch die indirekten Steuern auf Lebendmittel herangezogen — nicht das zum Leben Notwendige besitzen. Leider haben die Debatten der letzten Wochen bewiesen, wie weit wir noch von dem verpflichtenden Geist der Volksgemeinschaft entfernt sind, der gesetzlich erheischt, daß der eine das andere Last zu tragen habe. Um so eindringlicher muß immer wieder an das Gewissen der Verantwortlichen appelliert werden, daß man den Bedürftigsten die Hilfe zuerst angedeihen lassen müsse.

### Die Not der Erwerbslosen duldet keinen Aufschub!

Die Spartenverbände der Gewerkschaften haben am Jahresende noch einmal dringlich die Reichsregierung auf die Not der Erwerbslosen und Kurzarbeiter hingewiesen.

Sie verlangen bei dem bedrohlichen Steigen der Erwerbslosenziffer (über eine Million Hauptunterstützungsempfänger am 15. Dezember ohne Darbeiter, Werkzeugarbeiter und ohne die Zuschlagsempfänger!) sofortige ausreichende Hilfsmaßnahmen, vor allem Einführung der Kurzarbeiterunterstützung, vermehrte Bereitstellung von Rohtafardarbeiten und Vereinfachung des Aufzurichtungsbetriebes bei der Prüfung von Anträgen, Nachprüfung des Unterstützungssätze mit dem Ziel der Erhöhung und des Vergleichs zwischen den einzelnen Wirtschaftsgebieten.

Die Spartenverbände sind der überzeugenden Auffassung, daß es Pflicht der jeglichen Regierung ist, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen und nicht einer

kommenden Regierung die Verantwortung zu überlassen. Die Not der Erwerbslosen duldet keinen Aufschub.

### Von 1928 ab Arbeitermangel?

Wann werden die Wirkungen des durch den Krieg verursachten Geburtenausfalls fühlbar werden? In vier Jahren wird der Jahrgang der Jugendlichen auf den Arbeitsmarkt treten, der im ersten Kriegsjahr geboren ist. Im April 1915 begannen die Auswirkungen des Krieges auf die Geburtenhäufigkeit. Im November 1917 hat die Zahl der Geburten in Deutschland seinen tiefsten Punkt erreicht. Im August 1919 beginnt wieder ein Aufstieg, von 1920 an wird die Geburtenhäufigkeit wieder normal. Der gesamte Geburtenausfall im Vorkriegsgebiet des Deutschen Reiches in den Jahren 1915 bis 1919, der 3,3 Millionen beträgt, übersteigt weit den Verlust an Menschenleben im Krieg, der auf 2 Millionen zu schätzen ist. Österreich, Ungarn, die Tschechoslowakei, Frankreich und Belgien haben noch stärkere Geburtenausfälle als Deutschland zu verzeichnen. Großbritannien hingegen ist günstiger gestellt als Deutschland. Nach den Schätzungen des Regierungsrates Dr. Strunden, die im „Reichsarbeitsblatt“ mitgeteilt worden sind, muß man damit rechnen, daß der deutsche Arbeitsmarkt für jugendliche Arbeiter gegenüber dem Arbeitsmarkt von 1928, der noch als normal angesehen werden kann, 1929 bereits einen Ausfall von über 80 000, 1930 von über 500 000, 1931 von über 570 000, 1932 von über 640 000 und 1933 von 590 000 aufweisen wird. Im Jahre 1932, das als der stärkste Ausfall dem tiefsten Absturz der Geburtenzahl im Jahre 1917 entsprechen wird, werden nur etwa die Hälfte der Jugendlichen auf den Arbeitsmarkt treten, mit denen man bei der Geburtenzahl des Jahres 1913 hätte rechnen können. Auf dem Arbeitsmarkt der Vollarbeiter werden sich die Wirkungen des Krieges auf die Geburtenhäufigkeit erst dann äußern, wenn die im Kriege geborenen Jugendlichen das 18. Lebensjahr erreichen. Das wird in den Jahren 1933 bis 1937 sein. 1937 werden über 2 Millionen Vollarbeiter auf dem Arbeitsmarkt fehlen. Von 1938 an wird sich der Zugang an Vollarbeitern allmählich wieder steigern. Wenn Abhäufungen die Wirkungen des Arbeitermangels nicht zum Teil ausgleichen, so wird die Lohnbildung und die politische Kräftebildung der Arbeiterschaft durch den Einfluß des Arbeitermangels eine günstige Wendung nehmen.

### Die „verbrecherische“ Gewerkschaftspolitik

Die „Bergisch-Märkische Zeitung“ in Elberfeld ist als ein Scharfschauerblatt erster Güte bekannt. In der Ausgabe vom 26. Oktober bringt das Blatt folgende hässliche Ausführungen gegen die Gewerkschaften und ihre Führer:

„Lohnkämpfe und Streiks häufen sich in der deutschen Wirtschaft in erschreckendem Umfang und müssen naturgemäß alle Preisabschlagsmaßnahmen der Regierung illusorisch machen. Wir haben dieser Aktion der Regierung von vornherein ein Fiasko vorausgesagt müssen, weil sie mit unszurenden und vielfach verfehlten Mitteln ins Werk gebracht wurde, wie wir dies wiederholt eingehend begründet haben. Diese von den Gewerkschaften inszenierten Lohnkämpfe aber müssen sehr bald das Gegenteil von dem erreichen, was die Regierung beabsichtigte, nämlich eine weitere Steigerung des Preisniveaus. An den ernsten Folgen dieser unzumöglichen Lohnpolitik, die viele Unternehmen zugrunde richten und sich letzten Endes am härtesten bei der Arbeiterschaft selbst auswirken muß, wird man sehr bald schon das verbrecherische dieser Gewerkschaftspolitik erkennen, die mit allen Mitteln die Entstehung einer Schichtsgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit, wie sie die Not der Zeit erheischt, zu verhindern bemüht ist. Warum? Weil höher als das Schicksal des deutschen Arbeiters, des deutschen Volkes die Krisen der Gewerkschaften bewertet wird. Wie tief will sich die deutsche Arbeiterschaft am Hängenbleiben der Gewerkschaftsführer noch ins Elend hineinführen lassen?“

Gegen solche gemeine Verdächtigungen der Gewerkschaften polemisiert man nicht. Man hängt sie nur niedriger. Der Hs., der aus diesen Zeilen spricht, läßt auf eine geistige Anteile beim Direktor Dr. Klein schließen. Es fehlt mir noch der Hinweis: An die Patenrempfähle mit den Gewerkschaftsführern! Dann wäre der geistige „Höhepunkt“ der Zeitung erreicht.

### Rapide Zunahme der Arbeitslosigkeit

In der Zeit vom 1. bis 15. Dezember 1925 ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 613 315 auf 1 057 031, d. h. um rund 57 Prozent gestiegen. Im einzelnen hat sich die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 613 712 auf 964 012, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 59 503 auf 93 019 erhöht. Zu dieser Steigerung trug nicht unerheblich die Einstellung der Arbeit in den Außenberäten bei, die alljährlich um diese Zeit die Zahl der unterstützten Erwerbslosen in die Höhe treibt. Auch ist zu berücksichtigen, daß die Unternehmer verschiedentlich gerade jetzt am Ende des Jahres ihre Betriebe nur für einige Wochen stillgelegt und ihre Arbeiter während dieser Zeit beurlaubt haben. Diese Feststellungen ändern nichts an dem Ernst der Lage, den aus den Arbeitslosenziffern spricht.

### Die Lebenshaltungskosten im Dezember

Die Reichskindergarten für die Lebenshaltungskosten ist für den Durchschnitt des Monats Dezember mit 141,2 gegen 141,4 im Vormonat nahezu unverändert geblieben. Zur Vergangen sind die Preise für Fleisch, Fleischwaren, Milch und Milcherzeugnisse, während Brot, Bier, sowie Gemüse und auch Kartoffeln im Preise etwas angezogen haben.

## Aus dem Verbandsleben

Berwaltungsstelle Teltow. Am 18. Dezember tagte unsere Generalversammlung. 40 Kollegen waren erschienen. Nach Erledigung der Befehle wurde die Behandlung der Bauarbeiter in der Erwerbslosenfürsorge besprochen. Auch die Kollegen von Teltow verlangten volle Gleichberechtigung mit den übrigen Berufen, da die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe eine Folge der allgemeinen Wirtschaftskrise ist. Eine Einschließung in diesem Sinne wurde einstimmig angenommen. — Der neue Vorstand ermahnte die Kollegen, seine Arbeit durch gewissenhafte Beitragszahlung und eifige Werbearbeit zu unterstützen.

## Jugendbewegung

### Die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Jugendarbeit

Ist es nicht schon ein recht übles Zeichen, wenn wir erst noch lange davon schreiben müssen, daß auch innerhalb der Gewerkschaften Jugendarbeit geleistet werden muß? Jede Künftig, jeder Verein müssen Nachwuchs haben, wenn sie über ein Neunzehntel bestehen wollen. Die Nachwuchsfraße muß es recht von den Gehilden gelöst werden, die einen Mann nachwuchs notwendig haben. Dies gilt für die Gewerkschaften, die ohne Ressort weder ersten noch aktionsfähig sind. So muß jeder Gewerkschaftsleiter in der heranwachsenden Jugend die Fortbildung unseres gewerkschaftlichen Lebens und Standes sehen. Leider gehen in einem Betrieb viele Kollegen mit einer geradezu trügerischen Gleichgültigkeit über diese Tatsache hinweg. Sie horen sich nicht zum das Verden der Jugend. Sie reden denken sie nicht daran, sie dem Verband als Mitglieder zuzuführen. Es gibt, ganz im Gegensatz zu den älteren Gewerkschaften, nur verschwindend wenige fröhlich Organisierte, die eine lebhafte gewerkschaftliche Jugendarbeit leisten. Wie erklärt sich dieses?

Sie die Geschichte der christlichen Gewerkschaften kennt, wird über die Gleichgültigkeit vieler „Alten“ der Jugend gegenüber gar nicht erstaunt sein. Schon die Gründung der christlichen Verbände war unfeierlich schwierig. Sie erforderte die Zusammenfassung aller verfügbaren Kräfte. Als die Gründung vollzogen war, begannen die Erinnerungen. Mit welcher Leidenschaftlichkeit wurden diese geführt! Nicht nur nach einer Seite tönte der Ratschlag: „Um waren Freunde, die eingeschworenen werden müssen.“ Den Erinnerungen folgten die Kämpfe um die Grundidee der christlichen Gewerkschaftsbewegung auf dem Laufe. Und diese Kämpfe wurden erst durch den Ausbruch des Krieges gebähmt und in den Hintergrund gedrängt. Aber bis zu diesem Zeitpunkt erfordereten sie alle Kraft, Energie und verfügbare Zeit. Da um die Freiheit war und ihre Freiheit bis zum letzten gekämpft werden mußte, kam die Zukunft natürlich zu kurz. Krieg und Revolutionsjahre stellten ebenfalls an die Gewerkschaften die allergrößten Anforderungen. Die allgemeine Verunsicherung der Jugend war eine der markantesten und folgenreichsten Erfahrungen dieser Jahre.

All diese Motive haben hervorragend mitgewirkt, daß der gewerkschaftliche Jugendarbeit nicht der Platz eingeräumt worden ist, der ihr hätte eingeräumt werden müssen. Heute aber darf es für uns keine Gründe mehr geben, die Arbeit vor die Jugend noch länger zu verschieben. Wir werden es bitter zu bereuen haben. Von allen Seiten wird die Jugend umworben. Gewerkschaften aller Richtungen, Parteien der verschiedensten Gattung, die Verbände der manigfältigsten Art ringen mit allem Nachdruck um die Jugend. Es ist für die älteren Gewerkschaftsleiter auch durchaus nicht gleich, ob wir im Verbunde eine Kampfschule, gar diplomatische und zahlreiche kulturelle Auszugsreisen haben oder nicht. Denn wer will die Räume für die Schule der „Alten“ haben, wenn diese ihn nicht mehr richten können? Sagen wir deshalb unsere Gleichgültigkeit ab und sorgen wir dafür, daß auch unser Verband einen starken und guten Nachwuchs bekommt.

## Sozialpolitik

**Entgang und Kosten der Erwerbslosigkeit.** Nach der amtlichen Berechnung hatten wir am 1. Oktober 36.000, am 1. November 364.000, am 15. November 471.000 und am 1. Dezember 629.000 hauptberufliche Erwerbslose. Aufgabe der umfangreichen neuen Zählungen und Schätzrechnungen dürfte die Zahl am Ende des Jahres eine Million leichtlich überschreiten. Dazu kommen noch die Familienangehörigen, die als sozialversicherung in die Erhebung treten. Am 1. Dezember waren es 819.000, die vielen Einzellosen, die keine Unterbringung besiedeln, und die große Zahl der Bauarbeiter, die mit einschließlich Millionen nicht zu hoch angezeigt ist. Von den 23 Millionen Einzellosen sind somit circa 23 Millionen, also jeder zweite Mensch, ganz oder teilweise erwerbstos. Werden nun die Familienzahlen so bestimmt man erhält ein Bild von dem Umfang der Erwerbslosigkeit. Zu der Sozialreform hatten wir früher nur etwa 200.000 Einzellosen, und nicht unter Berücksichtigung des Bauarbeits, der damals 831.000 junge Menschen im Deutschen Reiche dienten, während bei der Reichsregierung nur 100.000 Summe stand, die zwischen 250.000 Menschen dem Mietwohnleben ohne medizinische Versorgung würden, bleibt die Zahl der Erwerbslosen weiterhin noch sehr hoch. Allein Berlin zählt im Augenblick 100.000 unterjährige Erwerbslose. Wenn man noch die Tatschheit der Reichsregierung über die Sozialversicherung für den

15. November 1924 427.000 Erwerbslose feststellt, und für den 15. November 1925 471.000, also ein verhältnismäßig geringes Mehr, so läßt das keine Rückschlüsse auf den gegenwärtigen Stand der Erwerbslosigkeit zu. Denn einmal sind die Zahlen seit November längst überholt, und dann ist es wesentlich, daß die Zahlenturbine sich rapide nach aufwärts bewegt, während im vergangenen Jahre eine abwärts steigende Tendenz vorhanden war. Um die Jahresmitte hatten wir nur noch 195.000 Erwerbslose.

Die Kosten für die Erwerbslosenfürsorge betragen für die Zeit vom 1. Juli 1924 bis 30. Juni 1925 einschließlich Krankenversicherung, Zuschläge für Notstandsarbeiten und sonstige Ausgaben 220 Millionen Reichsmark. Dazu kommen noch 30 Millionen Mark Kosten für die Unterhaltung der Arbeitsnachweiszämter. Davon wurden 205 Millionen Mark durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gedeckt, den kleinen Rest bestritten Gemeindeleistungen und sonstige Einnahmen. Räumt man die reine Unterstützungssumme mit 178 Millionen Reichsmark für sich, so ergibt das Beitragsaufkommen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer noch ein Plus von 27 Millionen. Und selbst wenn man die Krankenversicherung mit 18,6 Millionen Mark hinzurechnet, so bleibt immer noch ein Mehr von 8,4 Millionen an überschüssigen Leistungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Es ist, ohne weiteres einleuchtend, daß bei den reinen Grundwertsteuern die Grundsätze der Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit besser gewahrt sind als bei den unsozialen Mietzinssteuern, so daß die Reichsregierung ernstlich der Frage einer Ablösung der Mietzinssteuer durch eine reine Grundwertsteuer nähertreten sollte, selbst auf die Gefahr hin, daß die Großgrundbesitzer dagegen Sturm laufen.

## Meisterprüfung

Der Zimmerpolier Otto Behrens und der Maurerpolier Herbert Barthof, beide von der Genossenschaftlichen Bauunternehmung Bochum, bestanden vor der Prüfungskommission der Handwerkskammer Dortmund ihr Meisterexamen. In Anbetracht der hohen technischen Anforderungen, die die Meisterprüfung gerade von dem Maurer- und Zimmerhandwerk, besonders auf statischen Gebiet, verlangt, ist der aufgewandte Fleiß für das Selbststudium neben der praktischen Tätigkeit besonders zu begrüßen und zeugt von dem Streben nach handwerklicher Fortbildung in unserer Bochumer Bauproduktivgenossenschaft.

## Bücherschau

### Kollektives Arbeitsrecht.

Eine Einführung von Wilhelm Herschel, Band 16 „Bücher der Arbeit“, Echo-Verlag, Duisburg. Preis: Steif gebunden, 152 Seiten, 2,50 Mark. Herschels Buch ist eine Notwendigkeit. In der ganzen arbeitsrechtlichen Literatur schlägt uns ein Werk, das kein Lexikon oder Kommentar, sondern ein Leichtbuch für solche Leute ist, die zwar juristische Laien sind, aber täglich mit dem kollektiven Arbeitsrecht in Berührung kommen. Den Zweck erfüllt diese Schrift in hervorragendem Maße. Aber das Buch greift noch darüber hinaus. Es läßt die Dinge im größeren Zusammenhang sehen. Dabei ist das Buch im Gegensatz zur sonstigen juristischen Literatur von einer möglichst einfachen und anschaulichen Sprache und läßt in den Rahmen der Darstellung möglichst viele Beispiele aus der Praxis des Alltags ein. Das Buch enthält folgendes Hauptkapitel: die Grundgedanken des kollektiven Arbeitsrechts; den Tarifvertrag; die Betriebspvereinbarung; das Schlichtungsverfahren; die rechtliche Regelung des Arbeitsverhältnisses. Für alle diejenigen, die sich mit Arbeitsrechtsfragen beschäftigen, Juristen, Betriebsräte, Vertrauensleute der Gewerkschaften usw., ist das Buch von Herschel eine grundlegende Einführung und sollte von jedem durchstudiert werden.

## Bekanntmachung

### Verwaltungsstelle Braunschweig

Zurzeitende Kollegen haben sich bei Gottfried Kütt, Büchti. 18, zu melden.

### Der Vorstand

Der Druckfehlerkonsulent hat, in Ausübung der Weisheit des Schriftleiters von Berlin bei Fertigstellung der letzten Nummer, im Artikel „An der Jahreswende“ dreimal aus dem betrachteten Jahr 1925 ein Jahr 1924 gemacht. Die Leser werden den kleinen Fehler wohl schon beim Lesen berichtet haben. Es muß natürlich stets 1925 heißen.

## Sterbetafel

Am 12. Dezember 1925 starb unser treuer Kollege und Mitbegründer unserer Ortsgruppe Matthias Willemschöfer (Maurer) an Herzschlag. Er war uns allen ein Vorbild.

Ortsgruppe Dittwar (Rheinland).

Am 24. Dezember 1925 starb unser treuer Mitglied, der Maurerpolier Heinrich Müller, im Alter von 59½ Jahren an Magenkrebs.

Verwaltungsstelle Osnaabrik.

Ehre ihrem Andenken!

## Zigarren — Rauchtabak

Roh einmal geben wir allen

Ortsgruppen und Kollegen

Gelegenheit, zu alten Preisen — weit unter heutigen Herstellungskosten — kaufen zu können, solange unsere alten Lagervorräte reichen.

Hunderte von Sekretariaten, Verwaltungsstellen und Einzellekollegen zählen seit einem Jahre zu unseren Kunden, von welchen wir gerne Anerkennungen — an zugehörige Verbände — einsenden.

Unsere alten Preise:

Zigarren von 4—20 Pf., Zigarettes zu 3 Pf., Rauchtabak zu —,75, 1,20 und 1,25 R. das Pfund. gelten nur noch einige Tage.

Verlangen Sie kostenlose Preisliste.

Unser Name bürgt seit Jahren für edle, reine Qualität.

**Groß- & Kleinlager, Zigarren- und Tabakfabrik.**

Nettigheim bei Heidelberg.

	Dezentrale	Fremde	17 v. H.	21 v. H.
	mit	nicht	der reine	der reine
			Bodenwertes	Bodenwertes
1. Geschäftshaus I	620.000	47.940	8.150	13.020
2. Geschäftshaus II	876.000	51.470	8.750	18.490
3. Villa	97.700	6.800	1.156	2.050
4. Mietshaus mit gr. Mittelwohnungen	46.300	8.385	1.425	972
5. Arbeitervorwohnhaus	8.500	4.280	725	175,50
6. Gewerkenhof	133.000	67.370	11.453	2.723

Nach dieser Berechnung braucht das Arbeitervorwohnhaus und die Gewerkenhofzinsbelastung nur den ersten Teil der bisherigen Zinsbelastung zu belasten; auch die Mittelwohnungen sind zu einem Drittel entlastet, während Geschäftshäuser und Villen höchst betont gezeigt werden.